

MdB Brunkhorst: Unterirdische Optionen nicht auf zehn Prozent deckeln

380-KV-Trasse: FDP-Abgeordnete hat Sigmar Gabriel angeschrieben – „Limitierung hielte verfassungsrechtlicher Prüfung nicht stand“

WOHLDE/BERLIN (boh) ■ Die Möglichkeit, Stromübertragungssysteme im Hochspannungsbereich unterirdisch zu realisieren, dürfe im Zuge der Beratungen über das Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz nicht auf maximal zehn Prozent der Leitungsbaustrecken begrenzt werden. Dafür macht sich Angelika Brunkhorst aus Wohlde, Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion, in einem Schreiben an Bundesumweltminister Sigmar Gabriel stark. Die Abgeordnete befürchtet aber, dass die Deckelung kommt. Dies käme

aus ihrer Sicht einem Technologieverbot gleich, das einer verfassungsrechtlichen Prüfung nicht standhielte; eine solche Limitierung verstieße „gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz“.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der drohenden 380-KV-Freileitung Ganderkesee-St. Hülfe schreibt Brunkhorst: „Das Erreichen der Zehn-Prozent-Hürde kann kein Rechtfertigungsgrund für eine Verweigerung einer Genehmigung zur Erdverlegung sein.“ Und weiter: „Sollte die entscheidende Behörde unter Umständen

trotzdem das Verfahren zugunsten einer Erdverlegung entscheiden, wäre dies eine unzulässige Einzelfallentscheidung, denn nach bisheriger Regelung gibt es keinen Ausnahmespielraum.“

Gespräche mit Matthias Kurth, dem Bundesnetzagenturpräsidenten, Dr. Hans-Joachim Ziesing, dem Energie-Experten am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, sowie mit Vertretern des niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes und kommunalen Entscheidungsträgern haben Brunkhorst in ihrer Auffassung be-

stärkt, dass unterirdische Energieübertragungssysteme auch auf der Höchstspannungsebene „in Deutschland unbedingt eine ernsthafte Option sein sollten“. Machbar seien sie ohnehin, weiß die Abgeordnete aus Gesprächen mit Experten der Firma ABB auf der Hannover-Messe. Die Bundesrepublik als Innovationsstandort sei es wert, Hochtechnologie „auch im eigenen Land“ einzusetzen. „Herr Minister (...), Sie selbst haben sich (...) gegen vorschnelle Entscheidungen zum Trassenbau ausgesprochen und ein optimiertes

Leistungsmanagement als ersten Weg zu mehr Netzkapazität beschrieben“, erinnert Brunkhorst Sigmar Gabriel an seine Äußerungen in einem Schreiben an den Deutschen Städte- und Gemeindebund. Zwar bräuchte, so fährt sie fort, eine Netzoptimierung „sicherlich Vorteile“ für das bestehende Stromnetz; da Deutschland jedoch um einen Netzausbau nicht herumkomme, sei eine Öffnung für erdverlegte Leitungen zwingend nötig.

Das Kostenargument, mit dem die E.ON Netz ihr Freileitungsvorhaben Ganderke-

see-St. Hülfe hartnäckig verteidigt, lässt Angelika Brunkhorst nicht gelten. Nach ihrer Kenntnis würde sich durch 100 Kilometer erdverlegte Leitung im Höchstspannungsbereich die Belastung eines Durchschnittshaushalts mit einem Stromverbrauch von 2500 Kilowattstunden um lediglich drei Cent pro Monat erhöhen. „Im Übrigen“, so gibt die Abgeordnete in ihrem Schreiben an Minister Gabriel zu bedenken, „reduzieren sich die Kosten für neue Techniken nach Erprobung und mehrfacher Anwendung.“